

ADG - Forum

■ Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. ■ Starenweg 4 ■ 82223 Eichenau ■ info@adg-ev.de ■
 ■ 16. Jahrgang ■ Ausgabe Nr. 3 ■ September 2013 ■ Herausgeber: Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. ■

Liebe Freunde der ADG,

am 22. Oktober 2013 findet in diesem Jahr unsere Mitgliederversammlung statt. Bitte merken Sie sich diesen Termin vor. Für den Gastvortrag konnten wir Herrn Holger Balodis und Frau Dagmar Hühne gewinnen, die gemeinsamen Autoren des Buchs: Die Vorsorgelüge - Wie Politiker und private Rentenversicherungen uns in die Altersarmut treiben.

In diesem Buch verdeutlichen die beiden Autoren, dass die private Altersversorgung keine Lösung darstellt, sondern im Gegenteil das Problem der Altersarmut verschärft. Wer mehr darüber wissen will, wie wir von den etablierten Parteien, egal ob schwarz/gelb oder rot/grün, betrogen werden, ist dieses Buch zur Lektüre empfohlen (Econ-Verlag, ISBN: 978-3-430-20142-1).

Das Rentenrecht, so wie es ist, ist politisch gestaltet und politisch gewollt, ungerecht und Unrecht. So sind zum Beispiel Finanzierbarkeit und demografische Entwicklung bei der Altersversorgung von Politikern, Beamten und Richtern kein Problem, ebenfalls politisch gestaltet und politisch gewollt. Die Unredlichkeit unserer Politiker kommt auch in diesem Jahr wieder deutlich zum Ausdruck. Die Rentenkassen haben, nicht zuletzt wegen der regelmäßigen Anpassungen unterhalb der Inflationsrate einen Überschuss. Davon bedient sich zuallererst der Bundesfinanzminister mit mehr als 4,5 Milliarden Euro. Die Bundeszahlungen, die zur Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen gedacht sind und dafür nachweislich nicht ausreichen, werden einfach entsprechend gekürzt. Die Arbeitgeber werden mit der Beitragssatzsenkung um etwa 0,6 Prozentpunkte erheblich entlastet. Für die Beitragszahler ist die durchschnittliche Entlastung von rund 8 Euro monatlich ein Danaergeschenk. Denn mit der Rentenanpassung von 0,25 Prozent werden ja auch die bisher bezahlten Beiträge und damit der bisher erworbene Rentenanspruch entsprechend entwertet.

Am 22. September ist Bundestagswahl. Bitte denken Sie daran, gehen Sie unbedingt wählen. Durchschnittlich 40% Nichtwähler bei den letzten Wahlen sind eindeutig zu viel (siehe dazu die beiden Grafiken am Ende des Forums). Bitte bilden Sie sich rechtzeitig ihre Meinung! Welcher Partei können Sie vertrauen und ihre Stimme geben, insbesondere für eine gerechtere Rente.

In Bayern ist außerdem am 15. September Landtagswahl. Auch hier können die Wähler ein Zeichen setzen. Dazu noch ein Hinweis: Auf einer der Listen für Oberbayern kandidiert unser aktives Mitglied Hans Keller; als Direktkandidat seiner Partei tritt er im Wahlkreis Ebersberg an.

Otto W. Teufel
 ottow.teufel@t-online.de

..... aus dem Inhalt	
➤ Editorial	1
➤ In eigener Sache	2
➤ Neue Pressemitteilung der Kooperation, Beitrag der ADG	2
➤ Neue Infoblätter	3
➤ Wahlprüfsteine mit Wahlempfehlung	4
➤ Vortragsankündigung zur Mitgliederversammlung	4
➤ Neuauflage Broschüre	5
➤ Presseaktivitäten der Kooperation	5
➤ Grafik Wahlverhalten Bundesländer (2010 – 2013)	7
➤ Grafik „Wie es die Parteien sehen“ und „Wie es die Wähler sehen“	8
➤ Anlagen: Info-Blätter und IBAN-Formular	
www.adg-ev.de	

Impressum

Herausgeber:

Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.,
 Starenweg 4, 82223 Eichenau

Hendrik Hein, 1. Vorsitzender
 ☎ 089/6708587 Hendrik.hein@gmx.de

Otto W. Teufel, 2. Vorsitzender
 ☎ 089-9031411 otto.w.teufel@t-online.de

Redaktion:

Helmut Ptacek
 ☎ 08062-6898 helmut@ptacek-home.de

Otto W. Teufel
 ☎ 089-9031411 otto.w.teufel@t-online.de

Helmut Wiesmeth
 ☎ 08456-5900 hwlenting@adg-ev.de

Autoren dieser Ausgabe:

Otto W. Teufel
 ☎ 089-6031411

Helmut Wiesmeth
 ☎ 08456-5900

In eigener Sache

Dringender Aufruf an alle Mitglieder

Nach den Beschlüssen des EU-Parlaments wird bis spätestens zum 01.02.2014 ein einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area - SEPA) geschaffen. Es sollen u. a. für Überweisungen und Lastschriften in Deutschland aber auch grenzüberschreitend im Euro-Raum einheitliche Bedingungen und Ausführungsfristen gelten, sofern diese Zahlungen in der Euro-Währung erfolgen.

Alle Banken müssen daher ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen den neuen Regelungen anpassen.

Entsprechend muss auch die ADG sämtliche Mitgliedskonten anpassen.

Dies erfordert einen erheblichen Arbeitsaufwand für unsere Schatzmeisterin, Frau Guggenberger.

Falls noch nicht geschehen, bitten wir Sie deshalb dringend, Frau Guggenberger dahingehend zu unterstützen, dass Sie ihr mit beiliegendem Formular die IBAN- und BIC-Nummer ihrer Bankverbindung mitteilen, über die ihr ADG-Mitgliedsbeitrag abgebucht wird.

Beide Nummern können Sie auf ihren aktuellen Bankauszügen ablesen.

Ggf. finden Sie beide Nummern auch auf der Rückseite ihrer Bank-Card.

In Deutschland enthält die IBAN 22 Stellen. An den ersten zwei Stellen wird das Länderkennzeichen abgebildet („DE“ für Deutschland), gefolgt von einer zweistelligen Prüfziffer und der nationalen Kontokennung BBAN (Basic Bank Account Number), die sich aus der achtstelligen Bankleitzahl und der zehnstelligen Kontonummer zusammensetzt. Kürzere Kontonummern werden grundsätzlich linksbündig mit führenden Nullen auf zehn Stellen erweitert.

Bitte unterstützen Sie uns bei der Minimierung des Verwaltungsaufwandes durch die Meldung ihrer IBAN- und BIC-Nummer, tragen Sie diese bitte in beigefügten Vordruck ein und senden ihn an **Frau Anita Guggenberger**

Schatzmeisterin ADG

Carl-Orff-Weg 14

82008 Unterhaching

Bitte die Sendung freimachen!

Jede Minute ehrenamtlicher Arbeit, die dadurch eingespart werden kann, kann für die eigentlichen Ziele der ADG verwendet werden.

Danke für ihr Verständnis.

Der Vorstand der ADG

Neue Pressemitteilung der Kooperation Soziale Sicherung in Deutschland als Beitrag der ADG erschienen

Bürgerversicherung einzig solidarische Versicherung

Die verstärkte Forderung nach der einzig solidarischen Sozialversicherung, der Bürgerversicherung, ruft die Lobbyisten auf den Plan.

Nach dem Beamtenbund zeichnet nun auch die Ärzteschaft ein Horrorszenario über eine

Bürgerversicherung im Gesundheitswesen an die Wand. Nur um abzulenken wird sogar die völlig ungerechte Kopfpause als Ausweg bemüht. Der Verbandschef der Privaten Krankenversicherungen (PKV) schlägt gar die Senkung der Versicherungspflichtgrenze vor, um mehr gesetzlich Versicherten den Weg in die PKV zu

öffnen.

Warum diese Aktivitäten? Was hätten denn privat Versicherte zu verlieren? In den Genuss der Alterungsrückstellung ihrer Krankenversicherung kommen sie ohnehin nicht. Sie ist trotz Demografie von 59,6 Mrd. Euro im Jahre 2001 auf 145,4 Mrd. Euro im Jahre 2011 gestiegen.

Dennoch werden die Beiträge in der Privaten Krankenversicherung stets dann z. T. erheblich erhöht, wenn die eigene Krankheitsrate, z. B. im Alter, steigt.

Haben denn privat Versicherte Vorteile? Scheinbar schon, denn sonst gäbe es ja nichts zu verteidigen. Das so vehement befürchtete Zwei-Klassensystem im Gesundheitswesen ist also schon existent und es ist höchste Zeit, es zu beenden.

Die „Kooperation Soziale Sicherung in Deutschland“ fordert deshalb eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle gleichberechtigt einzahlen und Leistungen empfangen. Auch Politiker, Beamte, Selbstständige usw.

Dies gilt sowohl für das Gesundheitswesen als auch für die Altersversorgung.

Damit wird auch die Lastenverteilung an dem Teil der Versicherungsfremden Leistungen,

der nicht durch den Bundeszuschuss gedeckt ist, gerechter.

Durch generelle Sozialabgabepflicht, auch für den Staat als Arbeitgeber, und der Einführung einer Besoldung, die auch in niedrigen Besoldungsgruppen (z. B. bei den Polizisten) entsprechende Abgaben zulässt, würde sich das privilegierte Beihilfekonstrukt für Staatsbedienstete erübrigen, dessen Kosten über Steuern jetzt auch von denjenigen mitgetragen werden, die bereits für sich Abgaben zur gesetzlichen Sozialversicherung geleistet haben. Die Kosten für den Staat würden nicht höher, sie entstünden nur früher.

Ähnlich verhält es sich bei der Beamtenversorgung. Die finanzielle Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern darf nicht weiter dadurch eingeschränkt werden, dass die überbordenden Kosten für die Altersversorgung von Beamten Anteile in den Haushalten erreichen,

welche die Bundes- und Landesentwicklungen erheblich behindern. Dazu ist es u. a. erforderlich, dass Besoldungserhöhungen inkl. Einmalzahlungen nicht mehr automatisch 1:1 auf die Versorgungsempfänger übertragen werden. Die gesetzlich Versicherten unter den Steuerzahlern, die diese Last mittragen, werden doppelt belastet.

In einem solidarischen Altersversorgungssystem müssen zudem im Hinblick auf die Beitragszahlungspflicht der Bund und die Länder sowie deren Bedienstete mit den übrigen Arbeitgebern und Beschäftigten dringend gleichgestellt werden.

Einzig die solidarische Bürgerversicherung kann die derzeit verkrusteten Strukturen aufbrechen und gerechte Lösungen für alle bieten!

Helmut Wiesmeth
hwlenting@adg-ev.de

Neue Info-Blätter

Bereits erschienen und auf der Homepage der ADG unter >Publikationen hinterlegt oder in Kürze (noch rechtzeitig vor den Wahlen) dort verfügbar, sind die folgenden neuen Info-Blätter:

➤ Die Rentenpolitik in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2013

Das Info-Blatt im Format DIN A3 bietet einen Vergleich über die wesentlichen Aussagen der an der Bundestagswahl 2013 teilnehmenden Parteien zum Thema Rentenpolitik. Es klärt zugleich darüber auf, ob diese Aussagen mit dem Positionspapier der Kooperation Soziale Sicherung in Deutschland, dessen Gründungsmitglied die ADG ist, übereinstimmen.

Zudem wird darauf eingegangen, wie wichtig die Teilnahme an der Wahl ist, wenn die Zwei-Klassengesellschaft und das Zwei-Klassenrecht in der Rentenpolitik überwunden werden sollen. Dieses Info-Blatt ist dem Forum beigelegt.

➤ Thesen und Antithesen zum Umbau der Sozialsysteme

Das Info-Blatt im Format DIN A4 setzt sich mit den Aussagen des Beamtenbund/Tarifunion (dbb) bezüglich einer Bürgerversicherung auseinander. Dass die Interessenvertretung der Beamten (übrigens ebenso wie die CDU/CSU und die FDP) strikt gegen eine Bürgerversicherung ist, entspringt unsolidarischen Interessen. Nach Meinung der ADG führt

jedoch kein Weg an einer Bürgerversicherung vorbei, wenn die vorhersehbar immensen Belastungen durch die Beamtenversorgung auf alle Schultern gerecht verteilt werden sollen.

➤ Betriebliche Altersversorgung – Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

Ergänzend zu den bereits erschienenen Flyern und Info-Blättern mit Forderungen an die an der Bundestagswahl teilnehmenden Parteien zur Gesetzlichen Rentenversicherung und zur Gesetzlichen Krankenversicherung wurde auf vielfach geäußertem Wunsch auch ein Info-Blatt mit Forderungen zur Betrieblichen

Altersvorsorge erstellt. Diese Forderungen zielen darauf ab, dass die Betriebliche Altersvorsorge als ergänzendes Vorsorgemodell erhalten und gestärkt wird. Vom Flyer wird aus terminli-

chen Gründen keine Printversion erstellt. Das Info-Blatt ist dem Forum beigelegt.

Alle Info-Blätter können als Hilfsmittel für die politische Diskussion eingesetzt werden und dokumentieren die Ziel-

vorstellungen der ADG für eine gerechte und solidarische Ausgestaltung der Sozialpolitik.

Helmut Wiesmeth
hwlenting@adg-ev.de

Wahlprüfsteine mit Wahlempfehlung

Das Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V. – BRR, Partner der ADG in der Kooperation „Soziale Sicherung in Deutschland“ hat in den 299 Wahlkreisen allen Kandidatinnen und Kandidaten zum 18. Deutschen Bundestag Wahlprüfsteine zur Beantwortung zugesandt:

Frage 1: Sind Sie für die Ausgliederung der versicherungsfremden Leistungen (vFL) aus der Rentenversicherung?
(Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung)

Frage 2: Sind Sie für die Einführung einer Bürgerversicherung (BV)?
(Solidarverhalten von allen Bürgerinnen und Bürgern einfordern)

Die Aussagen aller Kandidatinnen und Kandidaten stehen auf der Homepage des BRR www.beitragszahler-rentner.de zur Verfügung. In der Sidebar rechts auf der Startseite auf

zur **Wahlempfehlung** klicken und dann auf **Bundestagswahl 2013**.

Die beiden Charts zeigen die Zustimmung der Kandidatinnen und Kandidaten zu den beiden Fragen nach Parteienzugehörigkeit. Unter den Charts können Sie jedes Bundesland aufrufen und alle Wahlkreise werden angeboten. Nach Auswahl des Wahlkreises werden die hier kandidierenden Personen und ihre Aussage zu den Wahlprüfsteinen angezeigt.

Viele Kandidatinnen und Kandidaten haben aufgrund der Umfrage eine Email gesendet mit Kommentierungen aus denen weder ein ja noch ein nein hervorgeht, obwohl im Anschreiben darauf hingewiesen wurde, dass es nicht um einen Meinungsaustausch um das Für und Wider der Fragenthematik geht, sondern um eine für den Wähler klar zuzuordnende Aussage. Es sollte klar werden, welche Kandidatinnen und

Kandidaten im nächsten Bundestag die in den Fragen beinhalteten Forderungen nach Gleichbehandlung dort tatsächlich auch vertreten.

Die Nichtbeantwortung der Wahlprüfsteine ist auch eine wahlrelevante Aussage. Man kann davon ausgehen, dass wer die Fragen ignoriert, im Bundestag den Missbrauch der Rentenbeitragsgelder durch die versicherungsfremden Leistungen in der Rentenversicherung nicht stoppen wird und auch für die Beibehaltung des Zweiklassensystems von solidarisch und unsolidarisch Versicherten steht, in dem für die Einen nicht gilt was für die Anderen selbstverständlich ist.

Das BRR bittet, diese Umfrage flächendeckend bekannt zu machen, indem Sie diese Information weiter verbreiten. Vielen Dank.

Helmut Wiesmeth
hwlenting@adg-ev.de

Vortragsankündigung zur Mitgliederversammlung 2013

Am 22. Oktober 2013 findet die diesjährige Mitgliederversammlung der ADG statt. Nähere Einzelheiten werden Ihnen noch in einer gesonderten Einladung mitgeteilt.

Bitte merken Sie sich jedoch den Termin schon heute vor,

denn es ist uns gelungen, Herrn Holger Balodis und Frau Dagmar Hühne, die erfolgreichen Autoren des Buches „Die Vorsorgelüge - Wie Politik und private Rentenversicherungen uns in die Altersarmut treiben“, für den gleichnamigen

Vortrag zu gewinnen.

Alle sagen: Private Rentenversicherung muss sein, sonst droht Altersarmut. Doch die von der Versicherungswirtschaft angebotenen Formen der Privatrente sowie Riester- und Rürup-

Rente taugen nicht als Ersatz für die gesetzliche Rente. Im Gegenteil: Kunden verlieren Milliarden, weil private Rentenversicherungen systematisch zu ihrem Schaden konstruiert sind. Politiker, Finanzlobbyisten und Wissenschaftler haben die gesetzliche Rente demontiert, um das private Geschäft mit der Altersvorsorge anzukurbeln - zu Lasten der Rentner von morgen. Exorbitant hohe Abschluss- und Verwaltungskosten, hohe Storno-Verluste, mangelnder Schutz gegen Inflationsverluste und Börsenschwankungen führen oft effektiv zu einer Verringerung des für den Lebensabend eingezahlten Kapitals. Während die Menschen quasi enteignet

und um ihre Ersparnisse gebracht werden, streichen Versicherungen jährlich Milliarden-Gewinne ein. Holger Balodis und Dagmar Hühne decken auf, wie sich ein mafiöses Interessengeflecht die Altersvorsorge zur Beute macht und uns in die Altersarmut stürzt.

Albrecht Müller, Nationalökonom und ehemals u. a. für Prof. Dr. Karl Schiller, Willy Brandt und Helmut Schmidt sowie als Bundestagsmitglied tätig, heute Herausgeber der Nachdenkseiten

<http://www.nachdenkseiten.de/> nennt „Die Vorsorgelüge“ eine interessante und wichtige Bestandsaufnahme. Er befindet weiter: Man könnte unser Volk

heute einteilen in eine große Gruppe von Menschen, die glauben, der demografische Wandel zwänge uns zur Veränderung des Systems der Altersvorsorge, die Privatvorsorge sei sozusagen zwingend, weil - wie jede und jeder wisse - künftig auf immer weniger arbeitsfähige Menschen immer mehr Alte kommen. Dieser Gruppe, vermutlich die überwiegende Mehrheit in Deutschland, steht eine Minderheit der Ungläubigen gegenüber. Kopfschüttelnd und fassungslos.

Helmut Wiesmeth
hwlenting@adg-ev.de

Neuaufgabe Broschüre

Im Oktober 2006 hat die ADG die Broschüre „Informationschrift zu Aktiv- und Ruhestands-Einkommen von Beamten und Beschäftigten der Privatwirtschaft“ herausgegeben, die inzwischen vergriffen ist. Die Autoren Dr. Horst Morgan und Dipl. Phys. Herbert Mayer haben sich dankenswerterweise die Mühe gemacht, diese

Broschüre zu überarbeiten und sie auf einen aktuellen Stand zu bringen. Zahlreiche Vergleiche und Gegenüberstellungen geben ein klares Bild davon, welche Einkommensunterschiede wirklich bestehen.

Wegen der komplexen Materie und des ca. 40seitigen Umfangs im Format DIN A4 wird die Broschüre nur in einer kleinen Auf-

lage gedruckt und gezielt eingesetzt werden. Auf der ADG-Homepage wird sie jedoch wie alle anderen Publikationen als pdf veröffentlicht.

Der Erscheinungstermin ist noch vor den Bundestagswahlen 2013 geplant.

Helmut Wiesmeth
hwlenting@adg-ev.de

Presseaktivitäten der Kooperation Soziale Sicherung in Deutschland

Politische und sozialpolitische Entscheidungen der vergangenen Jahrzehnte haben die Leistungsansprüche für jetzige und künftige RentnerInnen drastisch reduziert. Ursache dafür ist ein grundgesetzwidriges Zwei-Klassensystem, von dem vor allem Beamte, Politiker, Unternehmer und Vermögende profitieren. Details dieser Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Gesetzliche Rentenversicherung, die Altersvorsorge und die Gesetzliche Kran-

ken- und Pflegeversicherung hat die Kooperation „Soziale Sicherung in Deutschland“ in den vergangenen acht Monaten in Form von Pressemitteilungen veröffentlicht.

Nachfolgend die letzte dieser Pressemitteilungen vor der Bundestagswahl im Wortlaut:

Schluss mit der Enteignung der Rentenbeitragszahler und Rentner

Rentenanpassungen von 0,25% bedeuten nicht nur für die Rentner sondern besonders für

die jetzigen Beitragszahler eine Enteignung ihrer Vorsorgeleistung. Eine solche Enteignung bewirken auch die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel (Riesterfaktor, Nachhaltigkeitsfaktor, Nachholfaktor, usw.), die willkürlich festgelegt wurden und nicht mehr zeitgemäß sind.

Diese Diskriminierung von ca. 35 Mio. Rentenbeitragszahlern und ca. 20 Mio. Rentnern muss nach Ansicht der Kooperation „Soziale Sicherung in Deutsch-

land“ ein Ende haben.

Zur Vermeidung von massenhafter Altersarmut und zur nachhaltigen Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung müssen endlich die Beiträge zweckgebunden verwendet und alle versicherungsfremden Leistungen nicht aus dem momentanen „Schattenhaushalt Gesetzliche Rentenversicherung“ sondern direkt aus Steuermitteln bezahlt werden. Rückstellungen müssen Vorrang vor Beitragssenkungen haben. Niedrigere Beiträge sind ein vergiftetes Geschenk mit nur kurzfristigem Vorteil für die Versicherten.

„Wer zahlt, schafft an“ heißt ein altes Sprichwort. Nicht so in der Gesetzlichen Rentenversicherung! Gerade diejenigen, die diesem System nicht angehören (Politiker und Beamte), befinden darüber und die Betroffenen sind ausgeschlossen. Mehr Mitbestimmung, vor allem durch die jüngeren Betroffenen, sowie mehr Transparenz bei der Mittelverwendung sind deshalb höchstes Gebot. So, wie das in Unternehmen dieser Größenordnung mittels paritätisch besetzten Aufsichtsräten und Veröffentlichungszwang von Bilanzen an der Tagesordnung ist.

Nur so und durch entsprechendes Wahlverhalten kann die Beliebigkeit bei der Verwen-

dung der Beiträge und bei den Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung beendet werden.

Dies muss ebenso Ziel sein, wie das Ende der Zwei-Klassengesellschaft in der Altersversorgung.

Die Kooperation „Soziale Sicherung in Deutschland“ fordert deshalb alle Rentenbeitragszahler und Rentner dringend auf, bei der Bundestagswahl 2013 zur Wahl zu gehen und dabei zu berücksichtigen, welche Partei diese Forderungen am ehesten erfüllen will.

Alles, was in der Rentenpolitik beschlossen wird, trifft nachhaltig die Jüngeren! Entscheiden Sie deshalb mit, wohin der Weg führen soll.

Wahlhilfen finden Sie bei den Kooperationspartnern Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner – BRR, <http://www.beitragszahler-rentner.de/> (Wahlprüfsteine) und der Aktion Demokratische Gemeinschaft – ADG, www.adg-ev.de (InfoBlatt „Die Rentenpolitik in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2013“) sowie das Positionspapier der „Kooperation Soziale Sicherung in Deutschland“, das auch bei den beiden anderen Kooperationspartnern, Betriebsrentner e.V. – BRV, <http://www.betriebsrentner.de/> und Büro gegen Altersdiskriminierung, [tersdiskriminierung.de/ hinterlegt ist.](http://www.al-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.

Übersicht aller von der Kooperation Soziale Sicherung in Deutschland in 2013 veröffentlichten Pressemitteilungen:

1. Der klassischen Altersvorsorge droht der Verfall
2. Die Überschüsse der Sozialversicherungen im Visier der Politik
3. Der gesetzlich legalisierte Versicherungsbetrug in der Deutschen Rentenversicherung
4. Bürgerversicherung statt Zwei-Klassensystem
5. Kindererziehungszeiten: Mütter fordern Gleichbehandlung
6. Kindererziehungszeiten: Wahlversprechen der Union ändert nichts
7. Bürgerversicherung einzig solidarische Versicherung
8. Schluss mit der Enteignung der Beitragszahler und Rentner

Bei Interesse können die Pressemitteilungen bei der ADG angefordert werden.

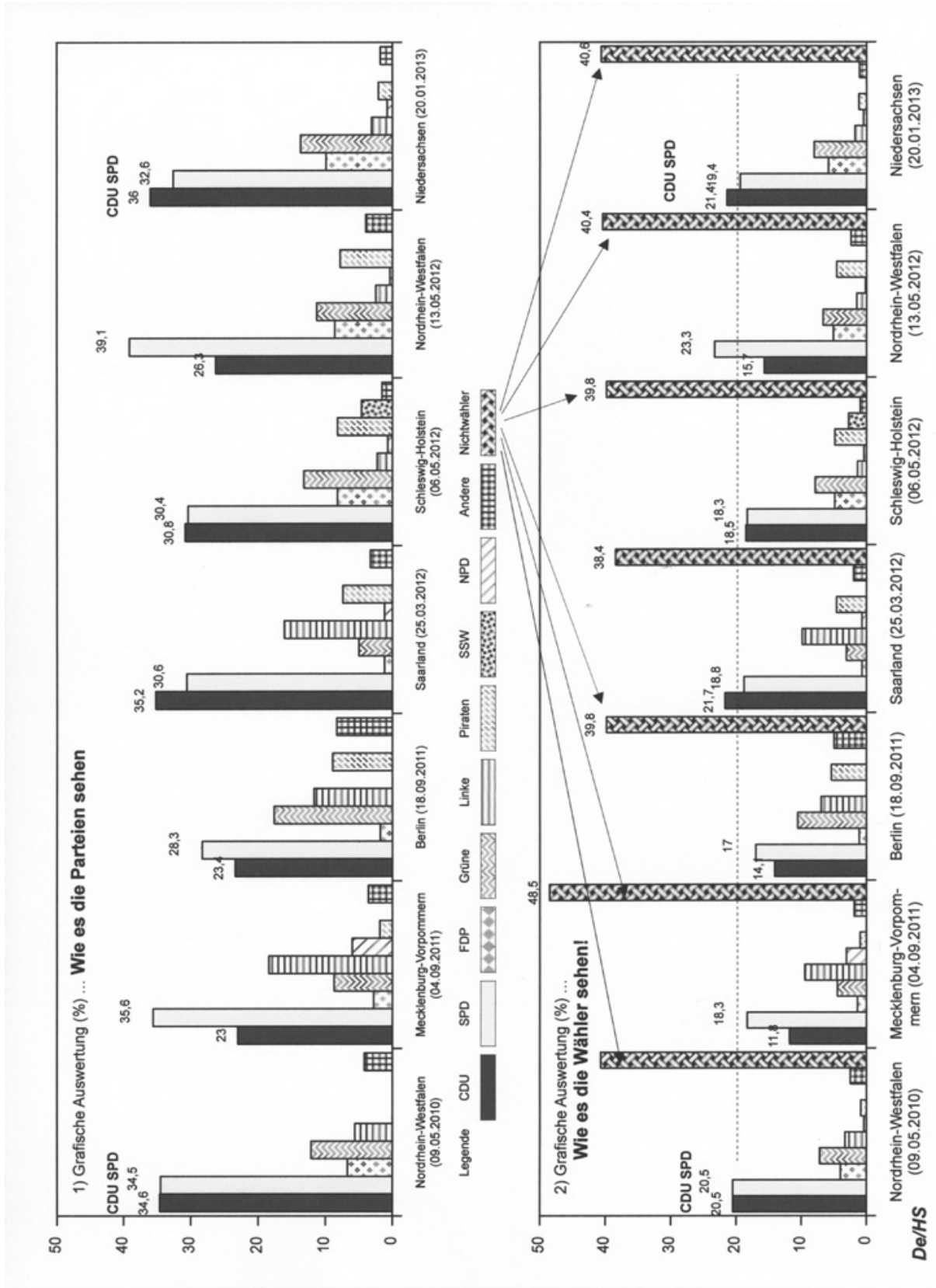
Helmut Wiesmeth
hwlenting@adg-ev.de

Landtagswahlen Bundesland	Stimmenanteil:	Parteien										Summe %	% Wahlbeteiligung		
		CDU (%)	SPD (%)	FDP (%)	Grüne (%)	Die Linke (%)	NPD (%)	Piraten (%)	SSW (%)	Andere (%)	Nichtwähler (%)				
Nordrhein-Westfalen (09.05.2010)		34,6	20,5	34,5	6,7	12,1	5,6	0,7	1,6			4,2	40,7	100,0	59,3
Mecklenburg-Vorpommern (04.09.2011)		23,0	11,8	35,6	2,8	8,7	18,4	6,0	1,9			3,6	48,5	100,0	51,5
Berlin (18.09.2011)		23,4	14,1	28,3	1,8	17,6	11,7		8,9			8,3	39,8	100,0	60,2
Saarland (25.03.2012)		35,2	21,7	30,6	1,2	5,0	16,1	1,2	7,4			3,3	38,4	100,0	61,6
Schleswig-Holstein (06.05.2012)		30,8	18,5	30,4	8,2	13,2	2,3	0,7	8,2			1,6	39,8	100,0	60,2
Nordrhein-Westfalen (13.05.2012)		26,3	15,7	39,1	8,6	11,3	2,5	0,4	7,8			4,0	40,4	100,0	59,6
Niedersachsen (20.01.2013)		36,0	21,4	32,6	9,9	13,7	3,1	0,8	2,1			1,8	40,6	100,0	59,4

De/HS

Grafik „Wahlverhalten Bundesländer (2010 – 2013)“.

Die Grafik darf mit Quellenangabe gerne weiterverbreitet werden (Quelle Grafik: Horst Debusmann, Heusenstamm).



Grafik „Wie die Parteien es sehen“ und „Wie die Wähler es sehen“.

Die Grafik darf mit Quellenangabe gerne weiterverbreitet werden (Quelle Grafik: Horst Debusmann, Heusenstamm).